

Beiträge zur Debatte über das Grünbuch
 „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“

Name	Gerhard Welz
Organisation	Fernwärmeversorgung Eisenkappel
Ihre Interessen-/ Tätigkeits- schwerpunkte	Einsatz von Biomasse zur Raumwärmeversorgung, Einsparmöglichkeiten finden,
Ansprechpartner	Gerhard Welz
E-Mail	fernwaerme.eisenkappel@utanet.at
Telefon	0664/2617229
Telefax	04238/8604
Anschrift	9135 Bad Eisenkappel 1, Kärnten, Austria

Um der Kommission eine effiziente und rasche Bearbeitung der Stellungnahmen zu ermöglichen, wird darum gebeten, sie im Anschluss an die Frage(n) aufzuführen, deren Thema dem Gegenstand der Stellungnahme am ehesten entspricht.

1.	<p>Kann sich die Europäische Union eine zunehmende Abhängigkeit von der externen Versorgung mit Energieträgern leisten, ohne damit die angestrebte Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden? Auf welche Energiequellen sollte eine richtungweisende Einfuhrpolitik gegebenenfalls ausgerichtet werden? Sollte dabei wirtschaftlichen Kriterien (Energieträgerkosten) oder geopolitischen Kriterien (Gefahr der Versorgungsblockade) Vorrang gegeben werden?</p> <p>Stellungnahme: Nein. Langfristig kann Wettbewerbsfähigkeit nur durch möglichst geringe Abhängigkeit erhalten bleiben. Im Gegenteil, durch Technologien, die diese Abhängigkeit verringern, wird in diesen Bereichen selbst ein Vorsprung erzielt. Staaten, die diesen Sprung versäumen, werden dann, wenn es wirklich mal eng wird, die bitteren Konsequenzen ziehen müssen.</p> <p>Da Autarkie in der EU noch Zukunftsmusik ist, muß als Energieimport ein Energiemix angestrebt werden. Aus geopolitischen Gründen nicht nur auf das derzeit schnellste Pferd setzen.</p>
2.	<p>Erfordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, in dem die Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten sich auf die anderen Mitgliedstaaten auswirken, nicht doch eine stimmige, koordinierte Gemeinschaftspolitik? Welches sollten die Grundzüge einer solchen Politik sein und welchen Stellenwert sollten die Wettbewerbsregeln erhalten?</p> <p>Stellungnahme:</p>
3.	<p>Behindern die einzelstaatlichen Steuer- und Beihilfepolitiken im Energiesektor den Wettbewerb in der Europäischen Union oder nicht? Sollte angesichts der gescheiterten Versuche zur Harmonisierung der indirekten Steuern nicht doch besser ein Überdenken der Besteuerung von Energieträgern vorgenommen werden, vor allem im Hinblick auf</p>

	<p>die energie- und umweltpolitischen Ziele?</p> <p>Stellungnahme: Dies hängt von der Politik der einzelnen Staaten ab. Für Staaten, die im Umweltbereich eine Vorreiterrolle einnehmen, sind EU-weite Richtlinien (die sich ja oft nicht am "Vorbildstaat" orientieren) von geringerer Bedeutung. Bei Staaten mit geringer entwickeltem Bewußtsein wird wohl nur dies etwas bewirken (wenn sie bindend sind). Gesamteuropäische Programme müssen immer auch die naturräumliche Ausstattung der Mitgliedsländer berücksichtigen: Beispiel: Soll Schweden denselben Prozentsatz an Strom aus Photovoltaikzellen erzeugen wie Portugal? Oder aus KWK-Anlagen, die mit Biomasse betrieben werden? Soll die Förderung bei der energetischen Sanierung von alten Wohnhäusern in Finnland und Griechenland gleich hoch sein?</p> <p>Wohl kaum. Daher: Gesamt EU-Ziele definieren (ist ja bereits passiert), dann unter Berücksichtigung der Vorzüge der Staaten verbindliche Vorgaben ausarbeiten. Staaten, die dies nicht erreichen finanziell bestrafen.</p> <p>Bestrafung durch Entzug des Stimmrechts bei Abstimmungen wäre eine andere Möglichkeit.</p>
4.	<p>Welche Aspekte sollen die im Rahmen eines ständigen Dialogs mit den Erzeugerländern abgeschlossenen Übereinkünfte über Versorgung und Investitionsförderung im Einzelnen regeln? Angesichts der Bedeutung, der insbesondere der Partnerschaft mit Russland zukommt, lautet die Frage: Wie ist die Stabilität der Mengen, Preise und Investitionen sicherzustellen?</p> <p>Stellungnahme:</p>
5.	<p>Soll die Bildung von Reserven, wie sie für Erdöl bereits bestehen, ausgebaut und auf andere Energieträger, wie Gas oder Kohle, ausgeweitet werden? Welche Ziele sollte eine stärker gemeinschaftlich ausgerichtete Bestandsbewirtschaftung verfolgen? Rechtfertigt die Gefahr einer angebotsseitigen Unterbrechung der Versorgung mit Energieträgern den Rückgriff auf kostspieligere Energieträger?</p> <p>Stellungnahme: Zur ersten Frage: Nein. Gelder lieber für energiespar- bzw. effizienzsteigernde Maßnahmen verwenden. Aber mir ist schon klar: Für Reservenbildung bekäme man viel leichter ein Budget.</p> <p>Ad Ziele: Möglichst weitgehende Unabhängigkeit bewahren. Letztlich ganz einfach: Das Heizöl, das ich mir erspare braucht man nicht einzuführen (wirkt sich positiv auf das Außenhandelsdefizit aus) braucht nicht in Großlagern gelagert zu werden. Nationale Reserven zu vergrößern kann, wenn es wirklich mal länger eng wird, nur kurzfristig helfen. Bei einem echten Problem nützt das nichts mehr.</p> <p>Eingespartes Erdöl oder Gas hingegen bringt Vorteile über Jahrzehnte. Daß auch der Einzelkunde durch geringere Kosten profitiert, versteht sich von selbst.</p>
6.	<p>Wie können die Energietransportnetze in der Union und in ihren Nachbarländern so ausgebaut und verbessert werden, dass sowohl den Erfordernissen des guten Funktionierens des Binnenmarkts als auch der Versorgungssicherheit Rechnung getragen wird?</p> <p>Stellungnahme: Kann mir nicht vorstellen, daß dies, vor allem was die Versorgungssicherheit angeht, machbar ist.</p>
7.	<p>Die Erschließung bestimmter erneuerbarer Energiequellen erfordert beträchtliche Anstrengungen im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung sowie Investitions- bzw. Betriebsbeihilfen. Wäre nicht eine Quersubventionierung durch Sektoren angebracht, deren Entwicklung erhebliche Fördermittel verschlungen hat, die aber mittlerweile hochrentabel sind (Gas, Erdöl, Kernkraft)?</p> <p>Stellungnahme: Wäre wünschenswert, halte ich aber politisch für schwer durchsetzbar. Besteuerung fossiler E-Träger und des Atomstroms sollte mit einer Entlastung der Lohnnebenkosten gekoppelt werden. Persönlich wünsche ich mir eine starke Besteuerung, eine Politik der kleinen Schritte tut es aber auch.</p>

8.	<p>Wie kann die Europäische Union angesichts der Tatsache, dass die Kernenergie bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Sicherung der Energieversorgung eine Rolle spielt, zur Lösung der Problematik der nuklearen Abfälle, zur Verstärkung der nuklearen Sicherheit sowie zu Forschungsarbeiten im Hinblick auf die Reaktoren der Zukunft, insbesondere im Bereich der Kernfusion, beitragen?</p> <p>Stellungnahme: These: Mit einem ähnlich hohem Forschungsbudget wie dem für die Kernfusion wären Techniken wie die Photovoltaik, KWK auf Biomassebasis etc. schon so weit, daß sich diese Frage gar nicht mehr stellen würde.</p> <p>Das Know How, welches die EU am Kernenergiesektor besitzt, sollte man nur dazu benutzen, um derzeit bestehende Kraftwerke –vor allem in Osteuropa- sicherer zu machen.</p>
9	<p>Welche Strategien ermöglichen es der Europäischen Union, ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen? Welche Maßnahmen könnten getroffen werden, um das Potenzial der Energieeinsparungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und damit sowohl unsere Einfuhrabhängigkeit als auch unseren CO2-Ausstoß zu verringern?</p> <p>Stellungnahme: Kostenwahrheit für alle Energieträger! Damit werden die erneuerbaren Energieträger schlagartig konkurrenzfähig. Beispiel: Heizen mit Holz ist schon zur Zeit günstiger als mit Heizöl oder Erdgas, mit einer zusätzlichen Besteuerung würden sich auch die noch deutlich höheren Anfangsinvestitionskosten noch schneller amortisieren.</p>
10.	<p>Ist es akzeptabel, dass ein ehrgeiziges Programm, mit dem der Anteil von Biokraftstoffen und anderen Ersatzkraftstoffen, einschließlich Wasserstoff, bis zum Jahre 2020 auf 20% des Kraftstoffgesamtverbrauchs gesteigert werden soll, weiterhin von nationalen Programmen abhängig ist, oder erfordert es eine koordinierte Beschlussfassung über Fragen der Besteuerung, der Vermarktung und der Perspektiven der landwirtschaftlichen Erzeugung?</p> <p>Stellungnahme: Das Beispiel Dänemarks im Bereich der Windenergie zeigt sehr wohl, daß internationaler Konsens nicht notwendig ist, um Erfolge in einzelnen Sparten zu haben. Wenn es ein ultimatives EU-Gesamtprogramm geben sollte, so müßte darin unbedingt auch auf die unterschiedlichen naturräumlichen Gegebenheiten der Mitgliedsländer ganz spezifisch eingegangen werden. Ich glaube daher auch, daß nicht jeder Staat unter Berücksichtigung seiner unterschiedlichen Potentiale denselben Beitrag zur Substitution fossiler Energieträger leisten kann bzw. soll.</p>
11.	<p>Sollen Energiesparmaßnahmen in Gebäuden (40% des Energieverbrauchs), ob öffentlich oder privat, Neubau oder Renovierung, durch Anreize wie steuerliche Maßnahmen gefördert werden oder erfordern auch sie eigens ein Regelwerk wie im Falle des Industriebaus?</p> <p>Stellungnahme: Finanzielle Anreize für Energiesparmaßnahmen wirken sich positiv auf die Motivation aus, etwas zu unternehmen, vor allem im Althausanierungsbereich. Regelwerke erscheinen mir nicht sinnvoll, da die zu treffenden Maßnahmen nicht wirklich schwierig zu Beurteilen sind. Man kann relativ schnell die Wirksamkeit einer Maßnahme (Beispiel: Vollwärmeschutz) und daher die möglichen Einsparungen abschätzen.</p> <p>Industrieanlagenbau ist viel komplexer.</p>
12.	<p>Als Voraussetzung für Energieeinsparungen im Verkehrswesen (32% des Energieverbrauchs) muss bei den Güterverkehrsträgern die Unausgewogenheit zwischen dem wachsenden Straßenverkehr und dem rückläufigen Schienenverkehr korrigiert werden. Soll diese Unausgewogenheit fatalistisch hingenommen oder mit noch so unpopulären Maßnahmen korrigiert werden, insbesondere im Hinblick auf den vernünftigeren Einsatz von Kraftfahrzeugen im innerstädtischen Verkehr? Wie können die Öffnung für den Wettbewerb, Infrastrukturinvestitionen zur Beseitigung von Verkehrsengpässen und Intermodalität miteinander in Einklang gebracht werden?</p>

	Stellungnahme: Gerade hier sind teilweise unpopuläre Richtlinien absolut notwendig.
13.	<p>Wie kann es gelingen, besser abgestimmte Konzepte zu entwickeln und die langfristige Dimension in die Planungen und Maßnahmen der Behörden und Unternehmen einzubeziehen, um der nachhaltigen Energieversorgung den Weg zu bahnen? Wie können die energiepolitischen Optionen der Zukunft vorbereitet werden?</p> <p>Stellungnahme: Mit wahren Kosten rechnen! (Ökolog. Folgekosten, milit. Bewachungskosten, etc...). Dann reguliert sich vieles von selbst.</p>
14	Sonstige Fragen oder Vorschläge:

Vielen Dank für die Beantwortung des Fragebogens.